



Lürssens prächtige Kriegsschiffe sind ein Blickfang auf jeder Militärbedarfsmesse. Die FDP vermisst den Stolz darauf Foto: Ingo Wagner/dpa

## das sieht-nur-so-aus-wie-solidarität-wetter

**Streiken nun auch die Freunde der Bremer Straßenbahn? Nein. Die Absage der geplanten Öffnung des Straßenbahnmuseums und der Modellbahntage am Wochenende erfolgt, wie andere Absagen auch, coronabedingt bei sonnigen 15 Grad**

## heute in bremen

„Viele Leute hören zu wenig zu“

Interview Alina Götz

**Workshop „Wie geht gute Klimakommunikation?“: 9. bis 11. 10.**  
Martin-Luther-Gemeinde in Findorff, Spendenbasis, Anmeldung an bildungswerk@kirche-bremen.de

**taz: Herr Gutsche, was sagen Sie Leuten, die den menschengemachten Klimawandel leugnen?**

**— Christian Gutsche:** Wenn es Leute sind, bei denen ich sicher bin, dass ich da nichts mehr verändern kann, würde ich mir ein Gespräch gar nicht antun – außer es sind weitere Menschen anwesend, die ich dadurch indirekt erreichen kann. Aber wenn ich mit Menschen zu tun habe, die verunsichert sind und bei denen ich das Gefühl habe, da könnte man noch was erreichen, würde ich in die Kommunikation gehen. Das heißt dann vor allem erst einmal zuhören. Viele Leute senden zu viel und hören zu wenig zu.

**Und was sagen Sie nach dem Zuhören?**

Ich würde versuchen, mit einfachen Worten wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden zu erklären. Dazu entwickle ich gerade ein sogenanntes Klima-ABC – denn viele Leute arbeiten mit zu vielen und ungefilterten Infos. Das heißt, sie sind überfordert und unverständlich. In einem Klima-ABC könnte stehen, was am wichtigsten ist. Was passiert, wenn wir nichts tun? Was passiert, wenn wir etwas tun? Was müssen wir tun, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen? Und ich würde Analogien und einfache, logische Argumentationen nutzen, also zum Beispiel: Wissenschaftler\*innen arbeiten da schon ewig dran und sind global verteilt. Glaubst du, dass die alle Mist bauen?

**Neben Leugner\*innen gibt es ja auch Menschen, die trotz besseren Wissens nichts auf Klimaschutz geben, weil sie sagen, es sei eh zu spät.**

Es gibt ein CO<sub>2</sub>-Budget, das ist noch nicht überschritten. Das 1,5-Grad-Ziel ist ambitioniert, aber machbar. Und ich würde die Vorteile klimaschützender Maßnahmen betonen. Eine Stadt mit weniger Autos ist zum Beispiel auch sicherer, gesünder und schöner.

**Und wie reagieren Sie auf die Reflektierten, Gebildeten, die schon dank ihrer Schicht im Schnitt bereits einen höheren ökologischen Fußabdruck haben, stets mit schlechtem Gewissen und Plänen rumlaufen, aber nicht viel ändern?**

Ich finde es grundsätzlich wichtig, den Leuten Lust auf Klimaschutz zu machen, und zwar vor allem durch gut gemachte und kommunizierte Maßnahmen. Es hilft, eine Berührung für das zu schaffen, was gerade mit unserer Welt geschieht. Das ist aber anstrengend und meist nichts für den Anfang. Wie beim Thema Massentierhaltung: Lieber erst mal die Leute geile vegane Chicken McNuggets probieren lassen, als schlimme Bilder aus Ställen zu zeigen. Und wir müssen bedürfnisorientierter denken. Was brauche ich für ein gutes Leben? Und wie viel ist Gewohnheit? Wenn ich beispielsweise einen erholsamen Urlaub in der Natur möchte, macht eine Flugreise nach Bali mit Stress am Flughafen, Jetlag und einem Temperaturschock vor Ort keinen Sinn.

# Ein Herz für Rüstung

Die FDP sorgt sich um Bremens „Verteidigungsindustrie“ und beklagt mangelnde Rechtssicherheit bei Rüstungsexporten. Das Bremer Friedensforum ist empört

Von Simone Schnase

Die FDP-Fraktion macht sich in einer Bürgerschafts-Anfrage Sorgen über „die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen“, genauer gesagt: um die Zukunft des Rüstungsstandorts Bremen.

Der erhöhte Verteidigungshaushalt senke, so die FDP, „die Notwendigkeit von Unternehmen aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Rüstungsgüter zu exportieren“. Vor diesem Hintergrund seien Exporterfolge „von zentraler Bedeutung für die Grundauslastung und den Erhalt einer leistungsfähigen deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“.

In der Vergangenheit sei es aber häufig zu Kritik an den Exporten gekommen – und damit meint die FDP keineswegs die Kritik an Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisenländer oder in Staaten mit Menschenrechtsverletzungen und auch nicht, dass Deutschland seit 30 Jahren die selbst gesetzten Rüstungsexportrichtlinien missachtet –, „weil die Regeln hierfür nicht klar waren und für die Unternehmen häufig auch keine abschließende Rechtssicherheit bestand.“

Tausende von Arbeitsplätzen seien in Bremen von dieser Industrie abhängig: „Mit Unternehmen wie Atlas Elektronik GmbH, Rheinmetall Electronics GmbH, Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG oder Airbus Defence

and Space (Geschäftsbereich von Airbus SE) sind große Player in Bremen vertreten. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Standort Bremen von großer Bedeutung.“ Mit ihren „Verteidigungsprodukten“ trüge sie zur nachhaltigen Sicherheit Deutschlands und Europas bei, so die FDP.

Sie wolle vom Senat deswegen unter anderem wissen, wie viel Umsatz diese Branche in Bremen direkt und indirekt erwirtschaftet und welcher Anteil am deutschen Gesamtumsatz dieser Industrie das sei. Sie wolle außerdem wissen, inwieweit Bremen die Rüstungsindustrie vor Ort fördere und mit wie viel Geld und inwieweit sich der Senat „für klarere Regeln und mehr Rechtssicherheit bei dem Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie“ einsetze.

Das Bremer Friedensforum ist über die FDP-Anfrage empört und weist auf die Präambel des rot-grün-roten Koalitionsvertrags hin, in der es heißt: „Unser Handeln orientiert sich an Humanität. Wir setzen uns mit unseren Möglichkeiten für Völkerverständigung und für die friedliche Entwicklung der Welt ein. Dazu gehört auch ein Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete.“ Nicht nur zu diesem Bekenntnis, so das Friedensforum, „stehen die Forderungen der FDP im absoluten Widerspruch“, sondern auch zu einer weiteren Aussage aus dem Koalitionsver-

trag: „Das Klimaschutzabkommen von Paris und dessen Ziele, die Erderwärmung deutlich unter zwei Prozent zu begrenzen, ist Grundlage des Handelns dieser Koalition in allen Produktionsbereichen.“

Das Friedensforum weist auf das sozial-ökologische Institut für Wirtschaftsforschung hin, „das Krieg und Militär für den Klimakiller Nr. 1 hält“ und auf

**Die FDP spricht lieber von „Verteidigungsprodukten“ statt von Rüstungsgütern**

die Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Rohstoffe und den gewaltigen Einsatz von Energie für die Produktion des Kriegsmaterials. Auch die Aktivist\*innen von Fridays for Future hätten dies bereits erkannt und im August in Bremen eine Demo mit dem Ziel Rheinmetall durchgeführt.

Die Senatsantwort auf die FDP-Anfrage ist knapp: „Der Senat konzentriert sich in seiner Wirtschaft- und Industriepolitik auf Aktivitäten und Maßnahmen für Unternehmen im Bereich der zivilen Sicherheitsindustrie“ und setze seinen Fokus „auf Fördermaßnahmen, die die zivilen Produktionsbereiche der Unternehmen stärken“. Außerdem schließe er „seit längerem

die landesseitige Förderung von wehrtechnischen Aktivitäten bremischer Unternehmen aus“. Unternehmensspezifische Auskünfte könne er nicht erteilen, da ihm „keine gesonderte Branchenhebung zu dem Wirtschaftsbereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen und Deutschland“ vorliege. Und Themen und Projekte, die die Sicherheit Deutschlands betreffen, würden vom Bund beauftragt und gesteuert, weswegen auch hierüber keine gesonderten Informationen vorlägen.

Letzteres kritisiert das Friedensforum ebenfalls. Es sei zwar erfreulich, dass der Senat der finanziellen Förderung militärischer Forschung und Produktion eine klare Absage erteile, dennoch drücke er sich um eine klare Stellungnahme zum Widerspruch zwischen Koalitionsvertrag und Realität herum, die so aussähe: „In Bremen entwickeln und produzieren Firmen Waffen und Kriegsgüter.“ Die Friedensaktivist\*innen fordern deswegen, „den unterstützenswerten Worten in der Präambel der Regierungskoalition auch reale Taten folgen zu lassen“.

Und die FDP hat zumindest erkannt, dass es zurzeit Branchen mit größeren Problemen gibt: Ihre Anfrage wurde in der gestrigen Bürgerschaft nicht diskutiert – zugunsten auch eines Eilantrags von CDU und FDP zum Thema „Überbrückungsmaßnahmen und Förderprogramme für die Veranstaltungswirtschaft“.



**Christian Gutsche**  
34, promovierter Physiker, Klimakommunikations-Trainer und Mitgründer vom Café Sunshine, baut eine Firma für den Selbstbau von Solarstromanlagen auf.

## nachrichten

### Antirassismus wird Konzept

Einen Landesaktionsplan gegen Rassismus soll der Senat bis spätestens kommenden März gemeinsam mit Migrant\*innen-Organisationen erarbeiten haben. Das hat die Bürgerschaft auf einen Antrag der Regierungskoalition beschlossen. „Rassismus ist pures Gift für unsere Gesellschaft“, so begründete die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Sahhanim Görgü-Philipp das Vorhaben. Mit dem Plan

würden die demokratischen Grundfesten verteidigt. (taz)

### Die Rückkehr des Bronzemanns

Die als „Bronzemann“ bekannt gewordene Skulptur eines anonymen Künstlers in den Wallanlagen ist gestern wieder aufgestellt worden. Die Bildhauerwerkstatt des Vereins „Mauern öffnen“ hatte an den Füßen der Figur Streben für einen festen Stand installiert. Die Plastik eines gebückt gehenden Manns

mit Einkaufswagen war im Mai unbeachtet und ohne Genehmigung aufgestellt worden. Die Behörden hatten ihn mit einem Bauzaun gesichert, weil er nicht so standfest war, wie es zunächst schien. (epd/taz)

### Jetzt wird Geburt gründlich studiert

Zum Wintersemester startet an der Hochschule der Bachelor-Studiengang Hebammen. Bremen setzt damit die

europarechtlichen Vorgaben um: Seit Anfang des Jahres ist das neue Hebammengesetz in Kraft, das die seit vielen Jahren geforderte Vollakademisierung der Ausbildung umsetzt. Das Klinikum Bremerhaven-Reincke übernimmt die Praxis-Koordinierung des Studiums. (taz)

### Ehre für Rolf Gössner

Anwalt und Publizist Rolf Gössner erhält am Samstag in Frankfurt am Main

den Hans-Litten-Preis 2020. Die Vereinigung Demokratische Juristinnen und Juristen würdige damit seine Arbeit für die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat, insbesondere seine Haltung, sich der Aushöhlung von Grundrechten entgegenzustellen, hieß es zur Begründung. Auszeichnungswürdig sei auch seine investigative Publizistik, so der Verein. Gössner ist fast 40 Jahre lang durch den Verfassungsschutz beobachtet worden. (taz)